

blickpunkt ■
■ **bundestag**

SPEZIAL

www.bundestag.de



**60 Jahre Grundgesetz –
60 Jahre Bundesrepublik Deutschland**

Feier vor dem Reichstags-
gebäude zur deutschen Einheit 1990

Foto: Jörg Schmitt/Picture-Alliance

Ein Grundgesetz für Deutschland

Von der Stunde Globalisierung

Inhalt

- 1** Ein Grundgesetz für
Deutschland
**Von der Stunde Null
zur Globalisierung**

- 4** Im Interview
Hans-Jürgen Papier

- 6** Die 50er-Jahre
**Noch einmal ganz von
vorn**

- 10** Die 60er-Jahre
**Die Republik wird
erwachsen**

- 14** Die 70er-Jahre
**Krisenbewältigung
als Reifeprüfung**

- 18** Die 80er-Jahre
**Vom sauren Regen
zum Mauerfall**

- 22** Die 90er-Jahre
**Ein Jahrzehnt, das
Grenzen sprengt**

- 26** Die Gegenwart
**Nichts bleibt
wie es war**

- 29** Infotipps



Null zur

Die Bundesrepublik Deutschland hat Geburtstag. Am 23. Mai wird sie 60 Jahre alt. Was damals niemand zu hoffen wagte: Die Geschichte dieses Staates geriet zu einer Erfolgsstory. Das Volk, das für die schrecklichen Verbrechen der Nazidiktatur den Preis von Zerstörung, Leid und Teilung zu zahlen hatte, baute eine freiheitliche, offene und stabile Demokratie auf, die trotz aller Krisen und Fehler weltweit als vorbildhaft gilt. Als Zentrum unserer Demokratie hat der Deutsche Bundestag an dieser Entwicklung entscheidenden Anteil. Sechs Jahrzehnte Bundesrepublik – ein Rückblick auf fast schon Vergessenes. Und ein Ausblick auf neue Herausforderungen.



Es war ein schöner Frühlingstag in Bonn am Montag, dem 23. Mai 1949. Die Kastanien blühten, der Rhein glänzte in der Sonne. Nur ein paar Meter entfernt vom deutschen Schicksalsfluss verabschiedete der Parlamentarische Rat an diesem Tag das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. „Heute beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes“, befand Konrad Adenauer, der Präsident des Parlamentarischen Rates und spätere Bundeskanzler, mit feierlicher Stimme.

Was Adenauer und mit ihm Millionen von Deutschen nicht ahnen konnten: Aus dem bescheidenen Anfang wurde eine glänzende Erfolgsstory. Heute, sechs Jahrzehnte später und aufgeschreckt durch eine Weltwirtschaftskrise, blicken viele Menschen voller Bewunderung auf eine Zeit zurück, in der es immer nur aufwärts zu gehen schien, zumindest im Westen: Wirtschaftswunder, Vollbeschäftigung, staatliche Souveränität, Westintegration

und Zusammenwachsen Europas, Aussöhnung mit den Nachbarn, immer neue Freiheiten, schließlich friedliche Wiedervereinigung. Am Ende steht ein ebenso stabiles wie freiheitliches Deutschland, das auch auf der internationalen Bühne eine anerkannte und bedeutsame Rolle spielt. Kein Wunder, dass der 23. Mai 1949, die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland, als Glückstag empfunden wird.

Stunde Null

Vor 60 Jahren herrschte bei den meisten Menschen eher Skepsis vor als der Glaube an einen spektakulären Erfolg. Schließlich lag die Stunde Null gerade erst vier Jahre zurück, in der Deutschland seinen tiefsten Fall erfahren, den Krieg und die Verbrechen des Nationalsozialismus mit der weitgehenden eigenen Verwüstung und der Schmach bezahlen musste, in der zivilisierten Welt als Außenseiter zu gelten.

Vier Jahre nach der Stunde Null der Beginn einer unverhofften Erfolgsgeschichte: Der Parlamentarische Rat nimmt am 8. Mai 1949 den Grundgesetzentwurf mit 53 gegen 12 Stimmen an



Foto: alg-images/Picture-Alliance

Trümmerfrauen im zerstörten München der Nachkriegszeit



Foto: Picture-Alliance

Noch gab es keinen Bundestag, keinen Bundeskanzler; das Sagen hatten die Siegermächte. Die meisten Menschen, zumal die Millionen Flüchtlinge, hatten ohnehin andere Sorgen, waren mit dem täglichen Kampf um Unterkunft, Arbeit und Nahrung beschäftigt.

Sechs Jahrzehnte später gibt der Blick zurück auf die Wurzeln unserer Demokratie fast Vergessenes preis. Er zeigt, was alles gelingen kann, wenn sich eine demokratische, freiheitliche und soziale Grundordnung mit dem Willen einer Gesellschaft paart, anzupacken. Die Integration von Millionen Flüchtlingen, der Lastenausgleich in den 50er-Jahren, der Wiederaufbau nach dem Krieg und später – nach der Wiedervereinigung – das Schultern des Aufbaus Ost und der Eingliederung von 17 Millionen Ostdeutschen in das bundesrepublikanische Gesellschafts-



system sind Beispiele hierfür. Beispiele, die Mut machen für die großen Herausforderungen, denen sich Deutschland heute in Zeiten der Globalisierung und entfesselter Finanzmärkte gegenübersteht.

Der Erfolg des Grundgesetzes war keineswegs vorgezeichnet. Zunächst bewusst als Provisorium konstruiert – deshalb auch der schlichte Begriff Grundgesetz anstelle von Verfassung –, sollte es Grundlage des politischen und sozialen Neuanfangs im westdeutschen Teilstaat sein. Nichts sollte dabei verbaut, vor allem die Wiedervereinigung nicht gefährdet werden. Dieses in der Präambel vorgegebene Ziel wurde 40 Jahre später erreicht. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ist das Grundgesetz vom Provisorium zur allseits anerkannten dauerhaften gesamtdeutschen Verfassung geworden.

Zwei Wege

Der Weg dorthin allerdings war lang und schwierig. Bundesrepublik wie DDR entwickelten sich auseinander. Hier die rasche Westintegration – die Bundesrepublik wurde Mitglied von Montanunion, Nato und EWG, später der EU – dort die strikte Einbindung der DDR in das totalitäre System des Ostblocks. In der Bundesrepublik mussten Gesellschaft und Politik, gestützt auf die Verfassung und das Parlament, zahlreiche Bewährungsproben bestehen – etwa bei der Notstandsgesetzgebung in den 60er-Jahren, gegenüber dem RAF-Terrorismus der 70er-Jahre und bei den Massenprotesten gegen die Nachrüstung in den Achtzigern. In der DDR beherrschte die Einheitspartei SED das politische Leben.

Der Blick in das Fotoalbum der Republik zeigt zugleich, dass das Grundgesetz zwar den Rahmen vorgab, aber dass es Menschen waren, die die Entwicklung in eine gute Zukunft vorantrieben: Politiker wie Adenauer, Brandt oder Kohl, aber auch viele Deutsche, die in den 50er-Jahren wieder Zuversicht fassten, in den Sechzigern und Siebzigern das Land moderner machten, und die Ostdeutschen, die 1989 riefen: „Wir sind ein Volk!“

Das Grundgesetz hat sich längst als die beste Verfassung bewährt, die Deutschland jemals in seiner Geschichte hatte. Dass der Bundespräsident alle fünf Jahre am Geburtstag des Grundgesetzes, am 23. Mai, gewählt wird, ist das sichtbare Zeichen für die Verpflichtung, die von dieser Verfassung ausgeht.



Foto: DBT/Thomas Köhler/photothek.net

Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier

„So gültig wie eh und je“

Das Grundgesetz ist die beste Verfassung, die Deutschland je hatte, sagt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier. Im Interview betont er die Bestandskraft und die Akzeptanz der Verfassung, die 1949 eigentlich als Provisorium gedacht war.

Blickpunkt Bundestag: Herr Präsident, 60 Jahre Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?

Hans-Jürgen Papier: Ja, ich denke schon. Es ist ja kein überbordender Verfassungspatriotismus, wenn man feststellt, dass sich das Grundgesetz der Bundesrepublik im Wesentlichen bewährt hat; dass es die beste Verfassung ist, die Deutschland je hatte. Natürlich kann man immer hinterfragen, ob die Verfassung, die in der Zeit steht und sich gegebenenfalls veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen anpassen muss, den Herausforderungen der

Zeit noch in jedem Fall gerecht wird. Aber die Kernaussagen in Bezug auf Grundrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit sind so gültig wie eh und je.

Blickpunkt: Tatsächlich ist das Grundgesetz in 60 Jahren nur rund 50 Mal geändert worden, das ist nicht übertrieben häufig. Wie kommt es, dass das Grundgesetz so stabil und vorausschauend sein konnte? Eigentlich war es ja nur als Provisorium gedacht.

Papier: Richtig. Das Phänomenale ist, dass sich eine Verfassung, die von den Schöpfern als Provisorium gedacht war,

von einer solchen Bestandskraft und Kontinuität erweist. Das ist wohl vor allem auf die Güte dieses Verfassungswerkes zurückzuführen.

Blickpunkt: Nicht nur das Grundgesetz selbst, sondern auch seine Interpretation durch das Verfassungsgericht hat die Bundesrepublik geprägt. Warum haben die Väter des Grundgesetzes dem Gericht eine so einflussreiche Position eingeräumt?

Papier: Das beruht vor allem auf den leidvollen Erfahrungen mit dem Niedergang der Weimarer Republik. Die Weimarer Verfassung kannte ja eine

Zur Person:

Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, Jahrgang 1943, ist seit 2002 Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe und war zuvor zwischen 1998 und 2002 dessen Vizepräsident und Vorsitzender des Ersten Senats.

www.bundesverfassungsgericht.de/richter

ähnliche Verfassungsgerichtsbarkeit nicht; dort galt der Reichspräsident als Hüter der Verfassung. Nehmen Sie als Beispiel die Grundrechte: Diese sind keine allgemeinen Verheißungen oder abstrakten Staatsziele mehr, sondern das Grundgesetz hat sie sehr konkret als Grundlage unmittelbar geltender und justizialer Rechte und – auch das ist neu – als bindend gegenüber dem Gesetzgeber definiert.

Blickpunkt: Nun goutiert die Politik die letztentscheidende Stellung des Gerichts nicht immer. Erst jüngst hat Bundesinnenminister Schäuble Karlsruhe zu starke Einmischung in die Arbeit des Gesetzgebers vorgeworfen.

Papier: Schon ein Blick in die Statistik zeigt, dass man von einer solchen Einmischung nicht sprechen kann. Das Verfassungsgericht besteht jetzt 58 Jahre –

fen. Ist der Bundestag auf diesem Feld ein schlechter Gesetzgeber?

Papier: Man muss anerkennen, dass nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten und mit dem Entstehen eines neuen Bedrohungspotenzials die Gesetzgebung entscheiden musste, inwieweit auf die neuen terroristischen Bedrohungen mit neuartigen Überwachungs-, Kontroll- und Sicherheitsinstrumenten zu reagieren war. Das Bundesverfassungsgericht hatte dann zu prüfen, ob bei diesen Neuerungen das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit noch in verfassungsrechtlich zulässiger Weise austariert blieb. Zwar hat es einzelne Eingriffe beanstandet. Allerdings bezog sich dies zumeist nicht auf die Maßnahme an sich, sondern auf ihre Ausgestaltung, wobei teils deren Unverhältnismäßigkeit oder eine zu große Unbestimmtheit des Regelungstatbestandes, teils eine nicht hinreichende Wahrung des Kernbereichs der Privatsphäre beanstandet wurde.

Blickpunkt: Heißt das, die Politik hat auf dem Feld der inneren Sicherheit das richtige Maß verloren?

Papier: Als Vertreter eines Verfassungsorgans verteile ich keine Zensuren an andere Verfassungsorgane und betreibe

hingewiesen, wie wichtig es für die Festigung unserer verfassungsrechtlichen Ordnung ist, dass der Parlamentarismus faktisch gestärkt wird. Die Machtstellung der Lobbyisten im Gesetzgebungsprozess ist ebenso unverkennbar wie die starke Exekutivlastigkeit der Gesetzgebung. Dies gilt sowohl bei der nationalen wie bei der europäischen Gesetzgebung.

Blickpunkt: Wie ist es mit der Rolle der Parteien bestellt? Haben die zu viel Macht und Einfluss?

Papier: Eine repräsentative Demokratie lebt von der Funktionsfähigkeit der demokratischen Parteien. Die Stabilität der Bundesrepublik beruht zu einem großen Teil auf unserem stabilen Parteiwesen. Die Frage ist allerdings, ob die Einwirkungsmöglichkeiten der politischen Parteien außerhalb der staatlichen und parlamentarischen Willensbildung nicht zu umfassend geworden sind, etwa beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder bei anderen öffentlichen Einrichtungen. Ich finde es wichtig, dass eine interessierte Zivilgesellschaft und Medienöffentlichkeit hier Auswüchsen gewisse Schranken setzt.

Blickpunkt: Zurück zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes. Hat es auch Versäumnisse gegeben? Wäre nicht nach der Wiedervereinigung eine Grundreform angesagt gewesen?

Papier: Nein, das sehe ich nicht so. Wie hätte eine grundlegende Reform der Verfassung denn aussehen sollen? Das Grundgesetz ist die beste, die wir je hatten. Was hätte verbessert werden können?

Blickpunkt: Ist es ein Makel, dass das Volk nie über das Grundgesetz abgestimmt hat, weder 1949 noch 1990?

Papier: Nein, auf seiner Grundlage hat das Volk sich nicht zuletzt in einer Vielzahl von Wahlen zum Deutschen Bundestag auch zu dieser Verfassung bekannt. Daher kann man dem Grundgesetz sicher keine mangelnde Legitimation oder fehlende Akzeptanz vorhalten. Im Gegenteil: Das Grundgesetz ist ein zentraler Faktor der Identifikation des Volkes mit dem Staat geworden. Und darüber freue ich mich – gerade am 60. Geburtstag des Grundgesetzes.

Interview: Sönke Petersen ■

„Das Grundgesetz ist die beste Verfassung, die wir je hatten.“

es wurde ja erst 1951 geschaffen. In diesen knapp sechs Jahrzehnten wurde nur in 611 von rund 175.000 Fällen ein Gesetz oder eine Vorschrift von Karlsruhe als verfassungswidrig beanstandet. Im Übrigen ertragen wir Kritik gelassen, auch deshalb, weil die Jurisdiktion des Bundesverfassungsgerichts in diesem Land insgesamt akzeptiert und unbestritten ist.

Blickpunkt: Bei der inneren Sicherheit liegt die Sache etwas anders. Hier hat Karlsruhe seit 2002 Gesetze des Bundes und der Länder zur inneren Sicherheit zwölf Mal ganz oder teilweise verwor-

auch keine allgemeine Gesetzgeber-schelte. Ich bin auch zuversichtlich, dass die Gesetzgebung aufgrund der Verfassungsrechtsprechung, die ja in diesen Fragen eine klare Leitlinie zeigt, reagieren wird und die in letzter Zeit aufgetretenen Divergenzfälle wieder abnehmen werden.

Blickpunkt: Herr Präsident, stimmt heute noch der Lehrsatz, dass der Gesetzgeber das Parlament ist? Formal sicherlich, aber entscheiden häufig nicht Lobbyisten und Öffentlichkeit stärker als Abgeordnete?

Papier: Ich habe schon mehrfach darauf



Foto: Ulfstein Bild/Berlin-Bild

Die 50er-Jahre Noch einmal ganz von vorn

Die 50er-Jahre – rückblickend gelten sie verklärt als die „goldenen“ Jahre, in denen es nur aufwärts ging, die Bäuche runder und die Läden voller wurden. Der Krieg und die Verbrechen der Nazis wurden verdrängt. Die Deutschen wollten vor allem eines: Leben. Mit dem „Wunder von Bern“ 1954, als die deutsche Nationalmannschaft Fußballweltmeister wurde, veränderte sich eine ganze Mentalität.

CHRONIK Die 50er-Jahre



Foto: Picture-Alliance/akg-images

23. Mai 1949 Verkündung des Grundgesetzes In einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates wird das Grundgesetz verkündet. Es ist die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland.

7. September 1949 Erster Bundestag In der provisorischen Hauptstadt Bonn kommt der Deutsche Bundestag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Acht Tage später wählt das Parlament Konrad Adenauer (CDU) zum ersten Kanzler der Bundesrepublik.



Foto: Picture-Alliance/akg-images

Ludwig Erhards Devise „Wohlstand für alle“ rief gleich mehrere Konsumwellen hervor: Der Ess- und Kleidungs- welle folgte die Motorisierungs-, schließlich die Reisewelle. Der riesige Nachholbedarf der Bevölkerung bewirkte ein ständiges Anheizen der Binnenkonjunktur. Vergessen wird bei dieser Rückschau, welche gewaltigen politischen Herausforderungen und Weichenstellungen der Politik in den Gründerjahren der parlamentarischen Demokratie abverlangt wurden. Zunächst einmal musste sich der 1949 erstmals gewählte Bundestag mit seinen zehn Parteien – es gab noch keine Fünf-Prozent-Hürde – zusammenrütteln, mussten Regierung und Opposition ihre Rollen finden. Dann galt es, Prioritäten zu setzen: beim Wiederaufbau des zerstörten Landes und bei der Außenpolitik.

Der Weg nach Westen

Zur bestimmenden Persönlichkeit wurde Konrad Adenauer, der mit 73 Jahren zum ersten Bundeskanzler gewählt wurde und dies 14 Jahre lang blieb. Innenpolitisch setzte er ganz auf die von Ludwig Erhard konzipierte soziale Marktwirtschaft, außenpolitisch betrieb er mit großer Entschlossenheit die Integration der Bundesrepublik in den Westen. Sein großer Gegenspieler war der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der mit Härte gegen Adenauers außenpolitischen Weg kämpfte, weil er

fürchtete, dass damit der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands verbaut würde.

In leidenschaftlichen Debatten entschied sich der Bundestag für Adenauers Politik. Die Begründung dafür war eine doppelte: Die Bundesrepublik braucht den Westen zum Schutz ih-

rer Freiheit und als Hilfe auf dem Weg zurück zur Weltbühne, und der Westen braucht die Bundesrepublik, um Westeuropa gegen kommunistische Übergriffe zu verteidigen – der Kalte Krieg war mit dem Ausbrechen des Koreakrieges 1950 auch in Europa fast zu einem heißen geworden.

Wiederaufbau

Die Trümmerfrauen



Foto: ullstein bild/Falk

Kennen Sie die Gerda Johanna Werner? Sie ist die Frau auf der Rückseite der 50-Pfennig-Münze, die kniend liebevoll eine kleine Eiche pflanzt. Millionen von Menschen haben sie täglich gesehen und berührt, schließlich galt das 50-Pfennig-Stück mit der zarten Baumpflanzerin als die im Volk optisch beliebteste Münze. Über zwei Milliarden Stück waren von der Einführung der D-Mark 1949 bis zu ihrer Ablösung durch den Euro am 1. Januar 2002 im Umlauf.

Johannas Mann, der Bildhauer Richard Werner – er hatte den Wettbewerb für die neue 50-Pfennig-Münze gewonnen – wollte mit dem Motiv seiner Frau als junge Eichenpflanzerin den Wiederaufbau Deutschlands verkörpern. Und dabei jene Millionen Trümmerfrauen, Waldarbeiterinnen und Vertriebenen ehren, die im wahrsten Sinne des Wortes Hand anlegten, um Deutschland wieder aufzubauen. Da viele Männer noch in Kriegsgefangenschaft waren, kam die schwere Aufräumarbeit vor allem auf die Frauen zu. Überall in Deutschland packten sie an, mit bloßen Händen, Schaufeln und Spitzhacken, um den Kriegsschutt zu beseitigen und Neues zu bauen oder zu pflanzen.

Es dauerte, bis diese Aufbauleistung gewürdigt wurde. Am 2. Mai 1952 verlieh Bundespräsident Theodor Heuss 32 Trümmerfrauen stellvertretend für viele andere das Bundesverdienstkreuz am Bande. In der DDR wurden Trümmerfrauen, die hohe Aufbausichten nachweisen konnten, mit dem Titel „Aktivist der ersten Stunde“ ausgezeichnet.

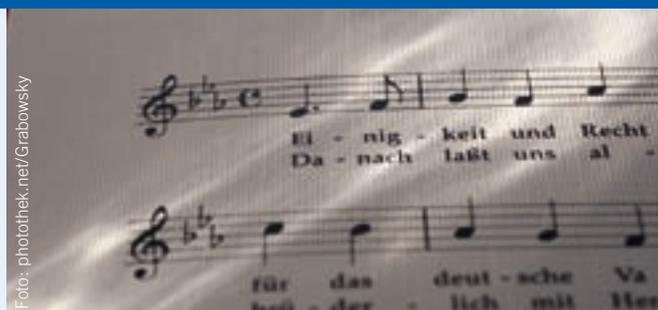


Foto: photothek.net/Grabowsky

6. Mai 1952 Einigkeit und Recht und Freiheit Die dritte Strophe des Deutschlandlieds von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben in der Vertonung von Joseph Haydn wird die offizielle Nationalhymne der Bundesrepublik.

4. Januar 1954 Parkuhren In Duisburg werden die ersten Parkuhren in der Bundesrepublik aufgestellt, sie heißen damals noch „Parkographen“. Es gibt allerdings noch keine rechtliche Handhabe, die Autofahrer tatsächlich zum Bezahlen zu zwingen.



Foto: atkg-images



Schon während des ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik wurden so wesentliche Grundlagen für die spätere Integration Europas geschaffen:

- Anfang Januar 1952 beschloss der Bundestag den Beitritt zur Montanunion, die später der Grundpfeiler der Europäischen Gemeinschaft wurde.

- Im Mai 1952 erklärte sich die Bundesrepublik bereit, sich an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit eigenen Streitkräften zu beteiligen. Allerdings scheiterte der EVG-Vertrag, weil das französische Parlament seine Ratifizierung ablehnte.

- 1955 ratifizierte der Bundestag die Pariser Verträge. Zugleich trat

1955 rollt in Wolfsburg der Millionste Käfer vom Band – ein Symbol des gelingenden Wiederaufbaus und des „Wirtschaftswunders“

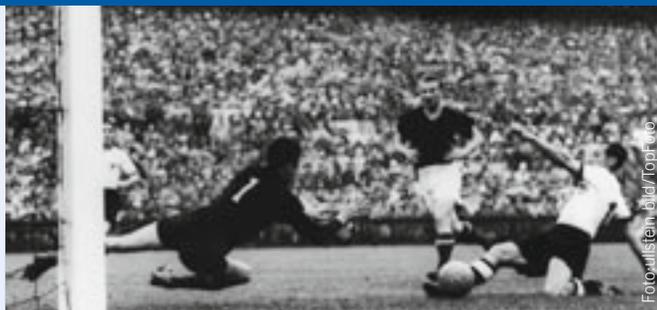
die Bundesrepublik in die NATO ein. Damit endete die Besatzungsherrschaft, die Bundesrepublik erhielt die (durch alliierte Vorbehalte noch eingeschränkte) Souveränität zurück.

- 1956 verabschiedete der Bundestag mit einer Änderung des Grundgesetzes die Wehrverfassung. Damit wurde die Bundeswehr geboren. Erst ein Jahr zuvor waren die letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nach Deutschland zurückgekehrt.

- 1957 unterzeichnete die Bundesrepublik die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom).

Innenpolitisch ging es um ebenfalls zukunfts schwere Entscheidungen: Eingliederung von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen, Lastenausgleich, sozialer Wohnungsbau, Rentenreform, Gleichberechtigung von Mann und Frau waren einige der großen Aufgaben. Einiges wurde von den Parteien im Schulterschluss angepackt, anderes erst nach heftigen Kontroversen entschieden. Die SPD verordnete sich mit ihrem Godesberger Programm 1959 unter der Führung von Erich Ollenhauer und

CHRONIK Die 50er-Jahre



4. Juli 1954 Das „Wunder von Bern“ Die deutsche Nationalelf gewinnt die Fußballweltmeisterschaft und schenkt den Deutschen Zuversicht und Selbstvertrauen. Nach schwierigen Nachkriegsjahren heißt es nun: „Wir sind wieder wer.“

9. Mai 1955 Westbindung Die Bundesrepublik wird Mitglied der NATO, der Aufbau der Bundeswehr beginnt. Vorausgegangen waren im Herbst 1954 die Pariser Verträge, die der Bundesrepublik eine beschränkte Souveränität unter Aufsicht der Alliierten verliehen.



Herbert Wehner eine programmatische Erneuerung. In der Außen- und Verteidigungs- und Gesellschaftspolitik setzte die Partei alte Hüte ab und wandelte sich von einer Arbeiter- in eine Volkspartei.

Verantwortung übernehmen

Einig war sich die Politik über alle Parteigrenzen hinweg, dass Deutschland zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung gegenüber dem jüdischen Volk verpflichtet sei. Nur die Sozialistische Reichspartei SRP, die später vom Bundesverfassungsgericht als Nachfolgepartei der NSDAP verboten wurde, lehnte dies ab. Der Bundestag verabschiedete das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel im März 1953. Sieben Jahre später kam es zum ersten deutsch-israelischen Spitzentreffen zwischen David Ben Gurion und Konrad Adenauer in New York.

Zwischen Muff und Moderne, zwischen Restauration und Fortschritt – so wird der Adenauer-Ära gerne der Stempel aufgedrückt. Jeder hat da seine eigene Vorstellung. Doch: Mag damals der wirtschaftliche Fortschritt auch vergötzt und die Vergangenheit verdrängt worden sein – restaurativ waren die 50er-Jahre nicht. Der Historiker Heinrich August Winkler spricht sogar von einer „revolutionären Neuerung“, die diese Zeit prägte: Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft.

17. Juni 1953

„Wir wollen freie Menschen sein“

Der 17. Juni 1953 ist ein blutiges Datum im Kalender der deutschen Geschichte. Als das SED-Regime seine Untertanen zu noch mehr Leistung zwingen will und die Normen erhöht, gehen Tausende auf die Straßen und rufen: „Nieder mit den Normen!“ Schon bald wird daraus: „Wir wollen freie Menschen sein!“ Zudem schwappt der Aufstand von Berlin auf das gesamte Gebiet der DDR über.

Doch die „Arbeiterregierung“ in Ostberlin verschanzt sich. Sie senkt zwar die Normen, lässt aber ansonsten nicht mit sich reden. Mithilfe der Volkspolizei schlägt das sowjetische Militär die Erhebung blutig nieder. Die Zahlen über die Opfer schwanken. Die SED bezeichnet den Aufstand als „faschistischen Putschversuch“, sperrt später Tausende als „Rädelführer“ und „Provokateure“ ins Gefängnis.

Der Aufstand vom 17. Juni gilt als erste Massenerhebung im Machtbereich der Sowjetunion nach dem 2. Weltkrieg. Und als Schlüsselereignis, das den Gang

der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Jahr 1990 bestimmt hat. So sah es im Rückblick auch der bekannte DDR-Schriftsteller Stefan Heym: „Der 17. Juni – das war der Anfang des großen Endes.“

Der Deutsche Bundestag erklärte am 4. August 1953 den 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag und Tag der Deutschen Einheit. Er blieb es bis 1990 und ist heute nationaler Gedenktag. Seitdem ist der 3. Oktober der Tag der Deutschen Einheit.



Foto: vario images/Ulrich Baumgarten



Foto: SZ-Photo/AP

1. Januar 1957 „Kleine Wiedervereinigung“ Das Saarland tritt als zehntes Land der Bundesrepublik bei. Vorausgegangen war 1955 eine Volksabstimmung, in der zwei Drittel der Saarländer gegen eine staatliche Eigenständigkeit und für die Vereinigung stimmten.

25. März 1957 Römische Verträge Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik einigen sich auf die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Verträge sind der Anfangspunkt der Europäischen Gemeinschaft.



Foto: Picture-Alliance/akg-images



Foto: Images/Kunz

Die 60er-Jahre Die Republik wird erwachsen

Wer an die 60er-Jahre der Bundesrepublik denkt, dem fallen schnell die Achtundsechziger ein, jene jungen Leute, die gegen die eigene Elterngeneration aufmuckten, den Staat weiter demokratisieren wollten und deren Spuren noch Jahrzehnte später die Gesellschaft prägten. Doch das zweite Jahrzehnt der jungen Republik steht für mehr als diese Generation.

CHRONIK Die 60er-Jahre



Foto: ullstein bild/Wieczorek

13. August 1961 Berliner Mauer Mitten in der Nacht beginnen NVA und Volkspolizei der DDR Straßen und Gleise an der Berliner Sektorengrenze abzuriegeln. Die Mauer, die in den kommenden Monaten entsteht, markiert sichtbar und scheinbar endgültig die deutsche Teilung.

Februar 1962 Sturmflut Eine Sturmflut überschwemmt weite Teile der norddeutschen Küsten und trifft insbesondere die Hafenstädte Hamburg und Bremen. Als Hamburger Innensenator koordiniert der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt die Rettungsmaßnahmen.



Foto: Picture-Alliance/Heidtmann

Es war weltpolitisch das Jahrzehnt der großen Krisen – Berliner Mauerbau, Kubakrise, der Schock der Kennedy-Ermordung. Und im Inneren gab es ebenfalls erhebliche Bewegung: Die Spiegel-Affäre empörte viele Menschen und führte zu einer schweren Regierungskrise; die leidenschaftlichen Debatten im Bundestag über die Verjährung von Naziverbrechen und über die Notstandsgesetze erregten große Teile der Bevölkerung; revolutionäre Entwicklungen wie die Antibabypille stellten bisherige Moralvorstellungen in Frage; der zum Teil gewalttätige Protest der Studenten vergrätzte das „Establishment“. Am Ende dieses bewegten Jahrzehnts wurde erstmals ein Sozialdemokrat – Willy Brandt – Bundeskanzler.

Begonnen hatte das Jahrzehnt mit einem Paukenschlag: dem Bau der Berliner Mauer (siehe Kasten). Das monströse Bauwerk trennte fortan die Deutschen in Ost und West.

Am 15. Oktober 1963 trat Adenauer, 87-jährig, zurück. Der Bundestag ehrte ihn mit der Erklärung: „Der Bundestag steht vor Ihnen auf, um für das deutsche Volk dankbar zu bekunden: Konrad Adenauer hat sich um das Vaterland verdient gemacht.“

Zwischen Kontinuität und Korrekturen – so verliefen die ersten Jahre dieses Jahrzehnts. Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger bemühten sich um Öffnungen der teil-

Elysée-Vertrag

Deutsch-französische Aussöhnung

Eines der letzten großen Vertragswerke Konrad Adenauers war der Deutsch-Französische Vertrag, der sogenannte Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963. Die Aussöhnung zwischen den „Erbfeinden“ Frankreich und Deutschland lag sowohl Adenauer wie auch dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle besonders am Herzen.

Bei aller grundsätzlichen Zustimmung wurde in der Beratung des Bundestages allerdings auch die Sorge deutlich, der Vertrag könnte als gegen die atlantischen Mächte Großbritannien und die Vereinigten Staaten gerichtet aufgefasst werden und eine eigenständige europäische Politik begründen, was sicherlich auch in der Absicht de Gaulles lag. Deshalb fügte der Bundestag auf Betreiben der „Atlantiker“ in seinen Reihen dem Ratifizierungsgesetz eine Präambel hinzu, in der klargestellt wurde, dass die Verpflichtungen aus den anderen von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen unberührt bleiben.

Nach dieser anfänglichen Missstimmung entwickelte der Vertrag schnell seine positive Wirkung. Nicht nur, dass sich jährlich die Regierungen beider Länder zu ausgiebigen Konsultationen trafen und treffen, auch auf kulturellem Gebiet entfaltete sich eine enge Zusammenarbeit. Tausende von Städtepartnerschaften zwischen französischen und deutschen Gemeinden vertieften das Verständnis zwischen beiden Seiten. Hohen Anteil hat auch das Deutsch-Französische Jugendwerk, mit dessen Unterstützung Millionen Jugendliche aus beiden Ländern sich gegenseitig kennen- und verstehen lernten. Heute gilt das Deutsch-Französische Jugendwerk als beispielgebend für den Jugendaustausch mit anderen Ländern, etwa mit dem östlichen Nachbarn Polen.



Foto: ullstein bild/BPA



26. Oktober 1962 Spiegel-Affäre Wegen eines kritischen Artikels zur Bundeswehr werden Redakteure des Spiegels verhaftet. Es kommt zu Protesten, die FDP-Minister der Koalition treten zurück, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) muss das Kabinett verlassen.

1963 Auschwitzprozesse In Frankfurt am Main beginnt der damals größte Prozess der Nachkriegsgeschichte gegen Mitglieder der Lagermannschaft des Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. 17 der 20 Angeklagten wurden 1965 zu langen Zuchthausstrafen verurteilt.



Foto: Picture-Alliance/Roland Witschel

weise erstarrten Politik. Eine große Rolle spielte dabei die Auseinandersetzung mit der lange verdrängten NS-Vergangenheit. Spät, viele meinten zu spät, kamen Prozesse wie das Frankfurter Auschwitz-Verfahren in Gang. Die Prozesse schärfen das Bewusstsein gerade der jüngeren Generation für die Ungeheuerlichkeit der von Deutschen verübten Verbrechen. Im Bundestag wurde leidenschaftlich darüber diskutiert, ob die strafrechtliche Verjährung nach 20 Jahren auch für Mord und Völkermord gelten dürfe. Das Ergebnis der später als „Sternstunde des Parlaments“ gefeierten Debatte fiel allerdings ernüchternd aus: Die Verjährungsfrist für NS-Gewaltverbrechen wurde lediglich verlängert – zunächst bis Ende 1969. Endgültig fiel die Verjährung von Mord erst 1979. „Über Auschwitz wächst kein Gras“, sagte damals der FDP-Politiker Werner Maihofer.

Auf große öffentliche Resonanz stieß die Notstandsgesetzgebung. Zwar hatten Frankreich, Großbritannien und die USA die Bundesrepublik als souveränen Staat anerkannt, doch sie behielten sich Rechte für den Fall des inneren und äußeren Notstands vor. Diese alliierten Rechte konnten nur durch die Aufnahme von Regelungen für den Notstand ins Grundgesetz abgelöst werden. Drei Anläufe über mehrere Jahre brauchte es, bis der Bundestag im Mai 1968 das Grundgesetz in mehreren wichtigen

Punkten änderte und eine sogenannte Notstandsverfassung beschloss. Kern war dabei die Errichtung eines „Notparlamentes“ in Form eines Gemeinsamen Ausschusses, der sich zu zwei Dritteln aus Bundestagsabgeordneten und zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates zusammensetzt und zum Beispiel im Verteidigungsfall sowohl das Parlament wie den Bundesrat ersetzen soll. Damit bleibt es auch im Notstandsfall bei einer parlamentarischen Kontrolle der Regierung. Die Befürchtungen eines unkontrollierten staatlichen Handelns bestätigten sich nicht. Begleitet wurden die Beratungen von heftigen Protesten und Sternmärschen der Notstandsgegner.

Große Koalition

Ende 1966 kam es mit der Bildung der Großen Koalition zu einem Umbruch mit weitreichenden Folgen: Erstmals in der jungen Republik beteiligten sich Sozialdemokraten an einer Bundesregierung. Vorausgegangen waren wirtschafts- und haushaltspolitische Schwierigkeiten, die die FDP veranlassen, die Regierung Erhard zu verlassen. Die Union nominierte Kurt-Georg Kiesinger zum Kanzlerkandidaten einer Großen Koalition. Obwohl die SPD gegen Kiesinger als ehemaliges NSDAP-Mitglied Bedenken hatte, votierte sie aus strategischen Gründen für die

Koalition mit der Union und schickte Willy Brandt als Vizekanzler und Außenminister in die Regierung. Das SPD-Kalkül ging auf: Drei Jahre später war Brandt Bundeskanzler.

Innenpolitisch beschäftigte sich die Große Koalition unter anderem auch mit Plänen einer großen Wahlrechtsreform. Durch das angestrebte Mehrheitswahlrecht wäre die FDP faktisch ausgeschaltet worden, was aber sowohl für die Union wie für die SPD den Verlust eines möglichen Koalitionspartners bedeutet hätte. Deutschlandpolitisch entwickelte die Koalition neue Überlegungen für den Umgang mit der DDR und anderen Ostblockländern. „Wandel durch Annäherung“ hieß die Devise.

Am 20. Juli 1969 dann die Sensation dieses Jahrzehnts: Der US-Astronaut Neil Armstrong betrat als erster Mensch den Mond. „Ein kleiner Schritt für einen Mann, aber ein großer Schritt für die Menschheit“, sagte er, und 600 Millionen Menschen am Bildschirm hörten und sahen weltweit zu. Neun Jahre zuvor hatte der junge US-Präsident John F. Kennedy von neuen Hoffnungen und Träumen gesprochen. Im Jahr 2009 – 40 Jahre danach – sagte der neue US-Präsident Barack Obama: „Yes we can!“ Eine Botschaft des Optimismus im Jahr der großen Wirtschaftskrise, die auch in Deutschland dankbar aufgenommen wurde.

CHRONIK Die 60er-Jahre



26. Juni 1963 Kennedy in Berlin Zum 15. Jahrestag der Berliner Luftbrücke besucht John F. Kennedy Berlin. In seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg sagt der US-Präsident seine berühmten Worte: „Ich bin ein Berliner.“ Zehntausende Berliner jubeln ihm zu.

1964 Gastarbeiter Die Bundesrepublik begrüßt den Portugiesen Armando Rodriguez de Sá als Millionsten Gastarbeiter. Über die europäischen Anwerbeprogramme der 60er-Jahre sagte der Schriftsteller Max Frisch später: „Wir riefen Arbeiter, aber es kamen Menschen.“



Berliner Mauer

Symbol der Teilung Deutschlands und Europas

Alles schlief noch, als am 13. August 1961 gegen zwei Uhr früh Volkspolizisten und Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR an der Sektorengrenze in Berlin Stacheldraht ausrollten – der Beginn des Mauerbaus. Das Bollwerk wuchs schnell, entstellte ganze Viertel, schnürte Straßen ab, zerriss Familien und Freundschaften. „Schandmauer“ hieß es auf der einen, „antifaschistischer Schutzwall“ auf der anderen Seite.

Zeitweise drohte der Mauerbau zu einer Weltkrise zu werden. Die Telefonleitungen der Regierungen glühten, die Bundeswehr wurde ebenso wie die Volksarmee in Alarmbereitschaft versetzt. Am Checkpoint Charly in der Berliner Friedrichstraße kam es zu einer gefährlichen Konfrontation: Erstmals im Kalten Krieg fuhrn amerikanische und sowjetische Panzer drohend bis auf wenige Meter aufeinander zu.

Doch weder Washington noch Moskau wollten einen Krieg riskieren. Beide ließen die Muskeln spielen, zogen aber ihre Panzer alsbald

wieder zurück. Auch die Bundesregierung verhielt sich zurückhaltend. Konrad Adenauer fuhr erst Tage nach dem Mauerbau nach Berlin, was ihm viele Menschen übel nahmen. Aber auch Bonn war an einer Eskalation der aufgeheizten Lage nicht gelegen.

Die hässliche Betonwand mitten durch Berlin und um Berlin herum wurde zum Symbol der Teilung Deutschlands und Europas. 28 Jahre konnte sie den Kollaps der DDR hin-

auszögern – und war am Ende doch eine seiner Hauptursachen.

Der Liedermacher Wolf Biermann bilanzierte die Mauer, hinter der er selbst lange lebte, so: „Wenn ich mich an den Tag des Mauerbaus erinnere, denke ich mit einem lachenden Auge an den 9. November 1989. Was sind schon die paar Jährchen für die Weltgeschichte? – Nichts! Aber für die vielen Menschen hinter Stacheldraht war es ein halbes Leben.“



Foto: ulstein bild/Leibing



Foto: ulstein bild/Wieczorek

7. April 1965 **Kalter Krieg** Mit ohrenbetäubendem Lärm versuchen sowjetische Tiefflieger eine Plenarsitzung des Bundestags in der Berliner Kongresshalle zu stören. Ostberlin und Moskau fühlen sich wegen angeblicher Verletzung des Berlinstatus der geteilten Stadt provoziert.

11. April 1968 **Rudi Dutschke** Ein Attentat des Hilfsarbeiters Josef Bachmann auf Rudi Dutschke radikalisiert die Studentenbewegung. Demonstranten greifen das Gebäude des Springer-Verlags in Berlin an, den sie wegen Aufhetzung mitverantwortlich machen.



Foto: Bilderberg/Ernst Kunz



Foto: ulstein bild/Sven Simon

Die 70er-Jahre Krisenbewältigung als Reifeprüfung

Alles begann so gut. Die sozial-liberale Koalition aus SPD und FDP wollte „mehr Demokratie wagen“, ein Jahrzehnt des großen gesellschaftspolitischen Aufbruchs ausrufen. Die Westpolitik Adenauers sollte mit einer neuen Ostpolitik ergänzt und die Gräben zum anderen Teil Deutschlands zugeschüttet werden. Doch dann platzte der Traum vom ewigen Wachstum. Ölshock und Wirtschaftskrise erreichten die junge Republik. In einem Jahrzehnt der Krisen mussten Politik und Gesellschaft ihre Reifeprüfung ablegen.

CHRONIK Die 70er-Jahre



Foto: AP Photo

19. März 1970 **Deutsch-deutsche Begegnung** Bundeskanzler Willy Brandt trifft sich in Erfurt mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph. Es ist das erste Treffen zweier deutscher Regierungschefs nach 20 Jahren.

17. Mai 1972 **Ostverträge** Mit knapper Mehrheit billigt der Bundestag die Ostverträge. Die CDU/CSU-Opposition hat sich auf Stimmenthaltung verständigt. Mit den innenpolitisch umstrittenen Abkommen strebt die SPD/FDP-Koalition eine Entspannungspolitik zwischen Ost und West an.



Foto: Bundearchiv/Engelbert Reinke

Ein Bild ging um die Welt: Der Kniefall von Warschau. Ein Foto, das die Sicht auf die Deutschen veränderte. Denn mit dem Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 vor dem Mahnmal für die Opfer des Warschauer Ghettos bat jemand im Namen der Deutschen um Verzeihung für die Verbrechen der Nazis, der an ihnen mit am wenigsten Schuld trug; schließlich hatte Willy Brandt gegen die Nazis gekämpft und vor ihnen fliehen müssen.

Die neue deutsche Ost- und Deutschlandpolitik hatte in rasantem Tempo begonnen. Im März 1970 traf sich Brandt unter dem Jubel der Bevölkerung in Erfurt mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph. Im selben Jahr unterzeichnete seine Regierung den Moskauer Vertrag, in dem sich die Bundesrepublik verpflichtete, die bestehenden Grenzen in Europa einschließlich der Oder-Neiße-Linie als unverletzlich zu betrachten. Es folgten Abkommen mit Polen, der Tschechoslowakei, das Berlin-Abkommen und schließlich der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag.

Umstrittene Ostpolitik

Die Ratifizierung dieser Verträge in Bundestag und Bundesrat erwies sich als langwierig und schwierig. Die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt war innenpolitisch ebenso umstritten, wie es die Westpolitik Adenauers in den

50er-Jahren gewesen war. Für die sozial-liberale Regierung kam erschwerend hinzu, dass ihre ohnehin knappe parlamentarische Mehrheit durch Parteiübertritte weiter abbröckelte.

In dieser Lage versuchte im April 1972 der Vorsitzende der Unionsfraktion, Rainer Barzel, Willy Brandt durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu stürzen und selbst die Regierung zu

Grundlagenvertrag

Wandel durch Annäherung

Lange Jahre war die Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR in der Bundesrepublik ein Tabu. Die Springer-Presse schrieb grundsätzlich den zweiten deutschen Staat nur in Anführungszeichen: „DDR“. Mit diesem jahrzehntelangen Grundmuster brach die SPD/FDP-Koalition unter Willy Brandt.

Zunächst schloss die Regierung Brandt-Scheel mit Ostberlin ein Transit- und Verkehrsabkommen, wodurch viele Menschen freiere Fahrt in und durch die DDR bekamen. Im Mai 1973 folgte der Grundlagenvertrag mit der DDR. Darin wurde die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen vereinbart. Eine ausdrückliche völkerrechtliche Anerkennung der DDR und damit der deutschen Teilung bedeutete der Vertrag allerdings nicht. Sichtbar wurde dies dadurch, dass die beiden deutschen Staaten am Sitz der jeweils anderen Regierung nicht Botschaften, sondern „Ständige Vertretungen“ einrichteten. Der Vertrag, der die Grundlage für eine Fülle von weiteren Abmachungen mit der DDR schuf, wurde von der Opposition heftig bekämpft. Willy Brandt bezeichnete ihn als Ausdruck realistischer Wahrhaftigkeit: „Ein Volk verweigert sich seiner Geschichte, wenn es meint, sie mit Wunschträumen fortschreiben zu können. Illusionen schaffen keine Zukunft.“

Im Mai 1973 legte die Bayerische Staatsregierung Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Der Grundlagenvertrag sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, unter anderem, weil er das in der Verfassung enthaltene staatliche Ziel der deutschen Wiedervereinigung aufgebe. Das Gericht entschied jedoch anders: Der Vertrag sei verfassungsgemäß und der Weg zur Einheit Deutschlands bleibe den politisch Handelnden überlassen.



Foto: Interfoto/Archiv Friedrich

13. Dezember 1972 Bundestag Annemarie Renger wird Präsidentin des Deutschen Bundestages. Die Sozialdemokratin ist die erste Frau der Welt an der Spitze eines frei gewählten Parlaments.

26. August 1972 Olympia Eröffnung der XX. Sommerspiele in München. Überschattet werden die Spiele von der Geiselnahme und Ermordung israelischer Sportler durch die palästinensische Terrorgruppe „Schwarzer September“.



Foto: imago/Sven Simon

Weltwirtschaft

Die Ölkrise und die Grenzen des Wachstums

Im Oktober 1973 erschütterte die auf stetes Wachstum programmierte westdeutsche Gesellschaft der Ölschock. Als Folge des Jom-Kippur-Krieges zwischen Israel und den arabischen Staaten hatten die Erdöl produzierenden Länder Arabiens die Förderung drastisch gedrosselt. Binnen Tagen schoss der Ölpreis pro Barrel von drei auf fünf US-Dollar, später auf zwölf Dollar (im

Jahr 2009 stieg er zeitweise auf weit über 100 Dollar). Der Bundestag reagierte schnell mit einem Energiesicherungsgesetz. Konkret erlebte die Bevölkerung die Abhängigkeit vom Öl: Für vier Sonntage des Jahres 1973 verhängte die Regierung ein totales Fahrverbot. Straßen und Autobahnen lagen verwaist da. Die Menschen sollten spüren: Es wird ernst.

Bundeskanzler Willy Brandt stimmte die Bevölkerung auf schlechte Nachrichten ein: „Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Wachstumsrate statt der vermuteten drei Pluspunkte gegen null sinken wird und eine Tendenzwende bei den Preisen noch schwerer als bisher zu erreichen sein wird.“

Tatsächlich war nach dem Ölschock nichts mehr wie zuvor. Die Weltwirtschaft geriet in eine lang andauernde Krise. In der Bundesrepublik gab die Konjunktur nach, die Arbeitslosigkeit nahm zu.

Bereits ein Jahr zuvor hatte der Club of Rome – eine Vereinigung von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik aus allen Regionen der Welt – mit dem Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ für eine nachhaltige Politik geworben und aufgezeigt, dass die bisherige Art zu wirtschaften nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann, ohne die Menschheit zu gefährden. Der Bericht hatte weltweites Aufsehen erregt.



Foto: Picture-Alliance/alg-images

CHRONIK Die 70er-Jahre



Foto: Picture-Alliance

18. September 1973 Entspannungspolitik Die Generalversammlung in New York beschließt die Aufnahme beider deutschen Staaten in die UNO. Zwei Jahre später finden Ost und West mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zu einem geregelten Miteinander.

25. November 1973 Autofreier Sonntag Bundestag und Bundesregierung reagieren auf die Ölkrise mit ungewöhnlichen Mitteln: Mit dem Energiesicherungsgesetz verordnen sie ein Fahrverbot an vier aufeinanderfolgenden Sonntagen.



Foto: Picture-Alliance

übernehmen. Der Versuch scheiterte; die Bundestagswahlen einige Monate später bescherten der SPD einen glanzvollen Sieg. Doch Brandt blieb nicht mehr für lange Zeit Kanzler. Zermürbt von innenpolitischen und innerparteilichen Herausforderungen und geschwächt durch die Affäre um den DDR-Spion Guillaume, trat er im Mai 1974 zurück. Als Kanzler folgte ihm Helmut Schmidt.

Neben ihren außenpolitischen Erfolgen konnte die Regierung Brandt zunächst auch große innenpolitische Leistungen vorweisen. Mit großem Eifer schrieb sie sich eine Antwort auf den Warnruf des Pädagogen Georg Picht vor einer „deutschen Bildungskatastrophe“ auf die Fahnen. Überdies wurde der Strafvollzug, das Ehe- und Familienrecht und das Demonstrationsrecht neu gestaltet. Ein Schwerpunkt war auch die Reform des Abtreibungsrechts, bei der die vom Parlament mit knapper Mehrheit beschlossene Fristenlösung allerdings am Widerspruch des Bundesverfassungsgerichts scheiterte und durch eine relativ weit gefasste Indikationslösung ersetzt wurde.

Helmut Schmidt musste ein schweres Erbe antreten. Die Scheichs drehten den Ölhahn zu, schwere Wirtschaftsturbulenzen schüttelten das Land, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf über eine Million (siehe Kasten). Krisenbewältigung hieß nun die Devise, für die der „Macher“



Foto: Picture-Alliance/Bertram

„Deutscher Herbst“ 1977: Die RAF entführt Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer, um inhaftierte Gesinnungsgenossen freizupressen

Helmut Schmidt als der richtige Mann galt. „Wir konzentrieren uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche“, erklärte der neue Kanzler.

Zur wohl größten Herausforderung für Schmidt und seine Regierung wurde aber nicht die schwierige Weltwirtschaftslage, sondern der immer brutaler werdende Terrorismus der „Roten-Armee-Fraktion“. Mit der

Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer und dem Drama um die entführte Lufthansamaschine „Landshut“ hatte der Terrorismus im „Deutschen Herbst“ 1977 seinen Höhepunkt gefunden. So perfide die Erpressungen waren: Der Staat blieb hart und zeigte Stärke. Damit bestand er eine seiner schwersten Bewährungsproben.



Foto: ullstein bild/AP

13. Oktober 1977 „Deutscher Herbst“ Palästinensische Terroristen entführen die Lufthansamaschine „Landshut“, um die Freilassung inhaftierter RAF-Mitglieder zu erzwingen. Der „Deutsche Herbst“ gilt als eine der schwersten Krisen der Bundesrepublik.

1979 Vergangenheitsbewältigung Bis zu 15 Millionen Deutsche sehen die Fernsehserie „Holocaust“. Die Sendung löst intensive Diskussionen aus. Zum ersten Mal ist ein Massenpublikum bereit, sich mit Völkermord und Verbrechen in der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen.



Foto: Picture Alliance



Foto: Picture-Alliance/Karin Hill

Die 80er-Jahre

Vom sauren Regen zum Mauerfall

Politisch zeigten sich die 80er-Jahre als bewegtes Jahrzehnt: Helmut Schmidt wurde durch Helmut Kohl abgelöst; die Sorge um Umwelt und Frieden ließ die Grünen erstarken und in den Bundestag einziehen. Dann, 1989, der grandiose Höhe- und Schlusspunkt dieses Jahrzehnts: Die Berliner Mauer fiel. Die Wiedervereinigung stand vor der Tür.

CHRONIK Die 80er-Jahre

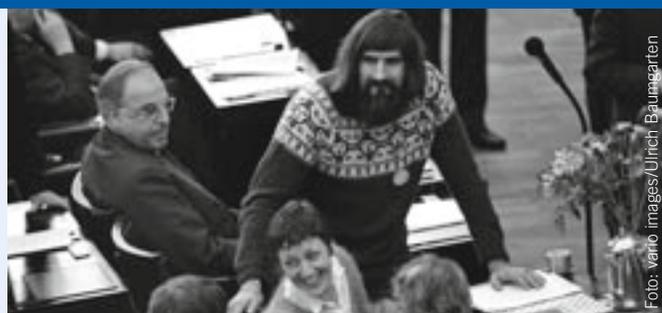


Foto: vario images/Ulrich Baumgarten

6. März 1983 **Die Grünen** Drei Jahre nach ihrer Gründung schaffen die Grünen bei der Bundestagswahl 1983 den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Mit Strickpullovern und langen Bärten zieht die bisher außerparlamentarische Protestbewegung in den Bundestag ein.

25. April 1983 **Hitler-Tagebücher** Das Magazin „Stern“ präsentiert die angeblichen Tagebücher Adolf Hitlers. Kurze Zeit später stellt sich heraus: Es handelt sich um plumpe Fälschungen. Es ist einer der größten Presseskandale Deutschlands.



Foto: Picture-Alliance/Chris Pohlert

Nach den rezessionsgeplagten Siebzigern brach in den 80er-Jahren eine Phase an, in der es zwar bergauf ging, aber viel Vertrautes zurückgelassen wurde. Vor allem veränderte sich das Arbeitsleben. Ganze Branchen wie Stahl, Kohle und Werften wurden abgehängt. Erstmals gab es mehr Angestellte als Arbeiter. Mit modernen Computern und Faxgeräten begann der Siegeszug der Kommunikationsgesellschaft.

Mit dem konstruktiven Misstrauensvotum – Kanzlersturz und Kanzlerwahl in einem – nahm am 1. Oktober 1982 eine neue „Ära“ ihren Anfang: Helmut Kohl wurde Bundeskanzler. Anfangs noch als „Provinzler“ verspottet, wurde Kohl später zur historischen Persönlichkeit: Als mit 16 Amtsjahren am längsten regierender Kanzler und, vor allem, als Kanzler der Einheit.

Strickpullover im Plenarsaal

Auch im Deutschen Bundestag gab es eine Zäsur: Das jahrzehntelange „Drei-Fraktionen-Parlament“ aus Union, SPD und FDP fand sein Ende. Mit der Bundestagswahl vom 6. März 1983 zogen die Grünen – bislang eine außerparlamentarische Protestbewegung – in das Parlament ein. Für einige altgediente Parlamentarier fast ein Kulturschock. Denn von nun an wurde im Bundestag nicht nur geredet, sondern die Gesinnung auch optisch



Foto: Picture-Alliance/Sven Simon

Frankreichs Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl gedenken 1984 gemeinsam der Gefallenen von Verdun

vorgezeigt – mit Strickpullovern, langen Bärten oder, wie beim Einzug der neuen Fraktion in den Plenarsaal, mit Blumentöpfen auf den Tischen. Später stellte Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth fest: „Die Grünen veränderten das Parlament, aber das Parlament veränderte auch die Grünen.“

Rückenwind hatten die Grünen durch zwei Entwicklungen erhalten: Einmal durch die Friedensbewegung, die sich mit machtvollen Demonstrationen gegen die im NATO-Doppelbeschluss vorgesehene Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa wandte.

Auch im Bundestag kam es über den Doppelbeschluss, der von Helmut Schmidt mit initiiert worden war und über den er schließlich mangels Unterstützung seiner eigenen Partei selbst stürzte, zu heftigen und kontroversen Diskussionen. Am 22. November 1983 fällte der Bundestag die Entscheidung zugunsten der Stationierung.

Zum anderen profitierten die Grünen von einem neu erwachten Umweltbewusstsein, hier hießen die Stichworte saurer Regen, Waldsterben, Ausbau der Atomkraft, später der Super-GAU der Tschernobyl-Katastrophe in der



Foto: VJS/Thomas Pflaum

1983 Nachrüstung: Natosoldaten beginnen mit der Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Deutschland – eine Konsequenz des NATO-Doppelbeschlusses von 1979.

26. April 1986 Tschernobyl Im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl kommt es zu einem der schlimmsten nuklearen Unfälle der Geschichte. Wenige Wochen nach dem Unglück wird in der Bundesrepublik das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegründet.



Foto: Picture-Alliance/Tass



Foto: Picture-Alliance

Mit friedlichen Demonstrationen erzwingen die Menschen in der DDR 1989 und 1990 das Ende der SED-Herrschaft

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie ein entsprechender Fachausschuss des Bundestages geschaffen.

Innenpolitisch im Vordergrund stand der Abbau der Arbeitslosigkeit, die mit 2,4 Millionen Arbeitslosen gerade ihren ersten Rekord verzeichnete. Eine geplante Volkszählung brachte viele Menschen in Wallung, der Zustrom von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen führte zu sozialen Spannungen. Auswüchsen des Protests der unruhigen Jugend versuchte die Politik mit einer Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts und einem Vermummungsverbot beizukommen.

Anfang vom Ende der DDR

Alles wurde aber überlagert durch die rasante Abwärtsentwicklung im anderen Teil Deutschlands, der DDR. Trotz Milliardenzahlungen aus der Bundesrepublik, für die sich sogar der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß stark gemacht hatte, wies die Leistungsbilanz der DDR immer größere Defizite auf, die Produktionsanlagen veralteten, die Produkte genügten nicht den Weltmarktbedingungen, Städte und Umwelt verrotteten. Fast unreal

erschien da der offizielle Besuch Erich Honeckers am 7. September 1987 in Bonn, wo er mit militärischen Ehren empfangen wurde. Zwei Jahre später waren er und sein Staat am Ende.

1989 wurde das Jahr der Entscheidung. Während es in Polen bereits die erste nichtkommunistische Regierung gab und Ungarn seine Grenzen geöffnet hatte, weigerte sich die DDR-Führung gegen jede Art von Reformen. Selbst als Gorbatschow während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR Reformen mit den Worten anmahnte: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, blieb die SED stur. Die Folge war eine enorme Fluchtbewegung, vor allem über Ungarn.

Am 8. November 1989 dann die Sensation: Nach der Erklärung von SED-Politbüromitglied Günter Schabowski über neue Reiserleichterungen stürmten Zigtausende in Berlin zur Mauer. Stunden später war sie geöffnet, freudetrunken tanzten Deutsche auf dem Bollwerk, das 28 Jahre die Menschen aus West und Ost brutal getrennt hatte (siehe Kasten). Im Bonner Wasserwerk, dem Ausweichquartier des Bundestages, erhoben sich zu später Stunde die Abgeordneten von ihren Sitzen und stimmten die Nationalhymne an: „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Und in Berlin sagte Willy Brandt ein paar Tage später: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

Ukraine. Wo immer der Raubbau oder die Gefährdung der Natur zu beklagen schien, ob beim Ausbau des Frankfurter Flughafens oder bei der Brandrodung der Urwälder am Amazonas – die Grünen erhoben ihre Stimme oder waren mit spektakulären Aktionen zur Stelle. Zu parlamentarischen Symbolfiguren der neuen grünen Kraft wurden Petra Kelly, die gerne einen mit Blumen besetzten Stahlhelm trug, und – auf der Seite der sogenannten „Realos“ – Joschka Fischer, der später zum Vizekanzler und Außenminister aufsteigen sollte. Aus der Tschernobyl-Katastrophe zogen im Übrigen auch Bundesregierung und Bundestag Konsequenzen: 1986 wurden ein neues

CHRONIK Die 80er-Jahre



Foto: Picture Alliance/Dieter Klar

1987 Abrüstung Die USA und die Sowjetunion einigen sich auf die Abrüstung von Mittelstreckenraketen in Europa. Im Juni 1987 fordert US-Präsident Ronald Reagan in einer Rede vor dem Brandenburger Tor: „Mr. Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Reißen Sie die Mauer ein!“

Oktober 1989 Die letzten Tage der DDR Michael Gorbatschow besucht anlässlich des 40. Jahrestags der DDR Ostberlin und mahnt die SED-Führung zu Reformen. Im Straßeninterview mit Journalisten fällt der berühmte Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“



Foto: Picture-Alliance/Peer Grimm

Mauerfall

„Wir sind ein Volk“

Trotz Michail Gorbatschows Glasnost (Transparenz) und Perestroika (Umgestaltung) in der Sowjetunion verharnte die DDR-Führung im Herbst 1989 in einem sturen Reformunwillen. Die Folge war eine starke Fluchtwelle, die schließlich zur Massenflucht über die westdeutschen Botschaften in Prag und Warschau, vor allem aber über Ungarn wurde. Parallel dazu kam es in der DDR zu Protesten und Demonstrationen. Erst in Friedensgebeten, dann auf Montagsdemonstrationen vor allem in Leipzig riefen Hunderttausende „Wir sind das Volk!“, bald darauf „Wir sind ein Volk!“ Die friedliche Revolution war nicht mehr aufzuhalten.

Die DDR-Führung versuchte, mit dem Wechsel von Erich Honecker zu Egon Krenz als SED-Chef einen Neuanfang vorzutäuschen, doch es war zu spät. Am Abend des 9. November gab das SED-Politbüromitglied Günter Schabowski in Berlin eine live übertragene Pressekonferenz. Dabei zog er einen Zettel hervor und las eine neue Re-

gelung vor: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ Auf die Nachfrage, wann das in Kraft trete, stotterte Schabowski: „Das trifft nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ Zigtausende Ostberliner hatten Schabowski gehört, strömten sofort zu

den Grenzübergängen. „Tor auf! Tor auf!“ riefen sie. Erst zögerten die Grenzer, dann gaben sie nach. Nach 28 Jahren öffnete sich die Mauer. Um Mitternacht waren sämtliche Übergänge in Berlin geöffnet. Freudetrunken lagen sich die Menschen aus Ost und West in den Armen. Und Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper sagte: „Die Deutschen sind heute das glücklichste Volk der Welt.“

Menschen klettern auf die Mauer vor dem Brandenburger Tor am 10. November 1989



Foto: Picture-Alliance



Foto: ullstein bild/Fronm

9. November 1989 Fall der Berliner Mauer Nachdem SED-Politbüromitglied Schabowski auf einer Pressekonferenz die Gewährung von Reisefreiheit bekanntgibt, strömen Tausende zu den Grenzübergangsstellen und erzwingen friedlich die Öffnung Berliner Mauer.

12. November 1989 Versöhnung Mit einer gemeinsamen Messe auf Gut Kreisau, einem Ort des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, setzen Bundeskanzler Helmut Kohl und Premier Mazowiecki ein Zeichen der Versöhnung zwischen Deutschland und Polen.



Foto: Picture-Alliance/Martin Athenstädt



Foto: laif/volz

Die 90er-Jahre Ein Jahrzehnt, das Grenzen sprengt

Die 90er-Jahre waren ein Jahrzehnt, das Grenzen sprengte. Nach der Wiedervereinigung sah sich Deutschland in eine neue Verantwortung gestellt. Die Nachkriegsordnung löste sich auf, der Ostblock zerfiel, es entstanden neue Freiräume, aber auch Konflikte in Europa. Im Innern wich die Freude über die Einheit der Ernüchterung. Bald sprach man von „Besserwessis“ und „Jammerossis“. Am Ende des Jahrzehnts übernahm eine Koalition aus SPD und Grünen das Regierungsruder.

CHRONIK Die 90er-Jahre



Foto: Picture-Alliance/ak-images

3. Oktober 1990 Deutsche Einheit Knapp ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer feiern die Deutschen die Wiedervereinigung von Ost und West. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag im März 1991 gewinnt Deutschland seine volle Souveränität zurück.

4. Oktober 1990 Bundestag Der Bundestag tritt im Reichstagsgebäude zusammen, 144 der Parlamentarier waren Abgeordnete der Volkskammer. Nach der Wahl am 2. Dezember konstituiert sich der Bundestag zum ersten Mal seit 1933 wieder als ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament.



Foto: Picture-Alliance/Wolfgang Kumm

Am 3. Oktober 1990 lag Freude über Deutschland. Vor dem Reichstagsgebäude in Berlin wurde die 60 Quadratmeter große Fahne der deutschen Einheit gehisst, bejubelte ein Feuerwerk die gewonnene Einheit. Doch gewaltige Herausforderungen standen noch bevor: Mit der Einheit mussten enorme Probleme – politische, ökonomische, soziale, rechtliche – gelöst werden. Schon bald erwies sich die Prophezeiung von Bundeskanzler Kohl, die westliche Wirtschaftsordnung werde aus der früheren DDR binnen kurzem „blühende Landschaften“ machen, als Illusion. Ernüchterung und Enttäuschung machten sich bei vielen Ostdeutschen breit, zumal viele von ihnen Einheit und Freiheit zunächst mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bezahlen mussten.

Dabei hatte die Wirtschafts- und Währungsunion, die bereits zum 1. Juli 1990 in Kraft trat, wichtige Voraussetzungen für eine möglichst rasche Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West gebracht. Löhne, Gehälter, Renten sowie Bargeld bis zu 4000 Mark Ost wurden 1:1 gegen D-Mark getauscht, der große Rest 1:2. Doch mit der D-Mark brachen die osteuropäischen Märkte weg, die Warenproduktion in Ostdeutschland stürzte um 70 Prozent ab. Die Hoffnung, die eigens gegründete Treuhandanstalt könnte mit dem Verkauf ehemals volkseigener Betriebe die DDR-

Freie Volkskammer 1990

Ein Parlament wird mündig

Der ersten frei gewählten Volkskammer war nur eine kurze Zeitspanne vergönnt: Am 5. April 1990 tagte sie im Palast der Republik zum ersten, am 2. Oktober 1990 zum letzten Mal. Doch die sechs Monate ihrer Existenz hatten es in sich: Die 400 erstmals frei gewählten Abgeordneten begleiteten intensiv die schwierigen und umfangreichen Verhandlungen zwischen den Regierungen der gerade noch existierenden DDR und der Bundesrepublik über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, über die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.

In ihrem Schlusswort auf der letzten Tagung der Volkskammer fasste deren Präsidentin Sabine Bergmann-Pohl die Arbeit des ostdeutschen Übergangsparlaments so zusammen: „Wann war eine demokratische Volksvertretung jemals in der Geschichte mit einer solchen Aufgabe betraut worden? Heute können wir sagen: Wir haben unseren Auftrag erfüllt, die Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden.“

Das war nicht leicht. Denn wie zuvor am Runden Tisch – einer Art Vorparlament zur freien Volkskammer – saßen auch in der ersten demokratisch legitimierten Volkskammer kaum erfahrene Berufspolitiker. Der Mangel an professioneller Parlamentsroutine war jedoch kein Nachteil: Innerhalb weniger Monate schufen die Abgeordneten die gesetzlichen Voraussetzungen für die neuen Bundesländer, die mit ihrer Gründung dann der Bundesrepublik beitraten und sie prägten entscheidend die Verhandlungen zur deutschen Einheit. Viele Abgeordnete hätten wohl gerne weitergemacht. Doch mit der am 3. Oktober 1990 vollzogenen Einheit Deutschlands endete das kurze Kapitel der letzten Volkskammer.

Wirtschaft wieder konsolidieren, erfüllte sich nur bedingt. Am schnellsten gelang die Vereinigung im politischen Bereich. Das Grundgesetz wurde – mit nur ge-

ringen Veränderungen – die Verfassung auch des vereinten Deutschlands. Überlegungen, Anliegen und Wertvorstellungen der Bürgerbewegung in das



Foto: Picture-Alliance/Peter Kneffel

August 1994 Russische Streitkräfte Rund 330.000 russische Soldaten verlassen zwischen 1991 und 1994 Deutschland als Ergebnis des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Es ist eine der größten Truppenverlegungen zu Friedenszeiten in der Militärgeschichte.

1995 Aufbau Ost Ein Plakat verkündet den „Aufschwung Ost“ vor einem Gewerbegebiet im Berliner Bezirk Marzahn. Mit staatlichen Investitionen in Milliardenhöhe soll die schwache Wirtschaft im Ostteil Deutschlands angekurbelt, die Arbeitslosigkeit verringert werden.



Foto: Picture-Alliance/Schindler

Architektur

Vier Mal Deutscher Bundestag

Wunderbar! Traumhaft! Millionen von Besuchern freuten sich im Juni und Juli 1995 über das vom Verhüllungskünstler Christo „eingepackte“ Reichstagsgebäude in Berlin. Dabei war Christos Aktion im Bundestag zunächst heftig umstritten. Vehementen Befürwortern standen Kritiker gegenüber, die die Würde des künftigen Parlaments gefährdet sahen. In einer kontroversen Debatte stimmten schließlich 292 Abgeordnete für und 223 gegen die Verhüllung. Bedenken und Kritik verstummten, als der verhüllte Reichstag zum Publikumsmagneten und internationalen Großereignis wurde. Wochenlang herrschte auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag fröhliche Volksfeststimmung.

Der verhüllte Reichstag war der Startschuss für den Umbau des altherwürdigen Reichstagsgebäudes zum neuen alten Sitz des deutschen Parlaments. Mit der ehrgeizigen Aufgabe, der historischen Hülle des wilhelminischen Prachtbaus ein modernes Parlament einzupflanzen, wurde der britische Stararchitekt Sir Norman Foster beauftragt. Innerhalb von vier Jahren

gelang ihm das Meisterwerk eines weltweit bewunderten Umbaus, zu dessen Krönung die gläserne Kuppel wurde. Sie wird im Jahr von rund drei Millionen Menschen besucht. Am April 1999 kehrte das Parlament von Bonn an seinen historischen Ort zurück. Das Reichstagsgebäude ist der vierte ständige Sitz des Bundestages seit seiner Erstkonstituierung im September 1949.

■ Von 1949 bis 1986 – also die weitest längste Zeit – tagte der Bundestag im sogenannten Alten Plenarsaal, der 1949 in sechsmonatiger Bauzeit als Anbau an die Pädagogische Akademie in Bonn errichtet worden war. Kennzeichen des Plenarsaals waren unter anderem das schwarze Gestühl und die hohe Regierungsbank, zu der die Abgeordneten hinaufschauen mussten. Später wurde sie aus demokratischer Gesinnung tiefer gelegt.

■ Von 1986 bis 1992 diente das ehemalige Wasserwerk auf dem Bundeshausgelände in Bonn als Ersatzdomizil für den Bundestag. Der alte Plenarsaal war wegen zahlreicher Mängel zum Sicherheitsrisiko geworden. Der Plenarsaal im Was-

serwerk war noch nicht einmal halb so groß wie sein Vorgänger, es herrschte eine fast familiäre Atmosphäre. In eine Plenarsitzung im Wasserwerk platzte am 9. November 1989 die Nachricht vom Fall der Mauer.

■ Von 1992 bis 1999 wurde das vom Stuttgarter Architekten Günter Behnisch konzipierte Plenargebäude neue Heimstatt des Bundestages. Der elegant-gläserne Bau mit Blick auf den Rhein fand große Zustimmung. Allerdings hatte die Geschichte ihn bereits überholt: Da der Bundestag den Umzug nach Berlin beschlossen hatte, konnte der Behnisch-Bau nur einen Übergang bedeuten.

■ Seit April 1999 tagt der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude. Der gelungene Umbau des über 100 Jahre alten Gebäudes zum modernen Parlamentsbau sowie die Errichtung eines neuen Parlamentsviertels signalisieren, dass die Politik in Berlin angekommen ist. Provisorien gehören der Vergangenheit an.

CHRONIK Die 90er-Jahre



Foto: ullstein bild/AP

26. März 1995 Europa rückt näher zusammen Das Schengener Abkommen tritt in Kraft. An den Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg fallen von nun an die Passkontrollen weg.

1996 Gedenken an NS-Opfer Seit 1996 erinnert Deutschland am 27. Januar mit einem nationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Bild zeigt Rabbiner bei der Gedenkfeier im Bundestag 2009.



Foto: Picture-Alliance/Kurmm

Grundgesetz einzuarbeiten und es vom gesamten deutschen Volk verabschieden zu lassen, verliefen rasch im Sande. So Bundesrepublik weitgehend unverändert.

Eine große Wirkung ging dagegen vom Entschluss des Bundestages vom 20. Juni 1991 aus, den Sitz von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin zu verlegen. Mit dieser knappen Entscheidung – 337 Abgeordnete votierten für Berlin, 320 für Bonn –, der eine lange und leidenschaftlich geführte Debatte vorausging, machte das Parlament aller Welt klar, dass Deutschland wieder von der Peripherie in das Zentrum Mitteleuropas zurück gefunden hatte.

Die 90er-Jahre waren stark von weltpolitischen Entwicklungen bestimmt. Mit dem Zerfall der Sowjetunion zerbrach auch der Warschauer Pakt, die NATO rückte nach Osten. Frühere Satellitenstaaten wurden souveräne demokratische Staaten, auf dem Balkan zerfiel unter zum Teil mörderischen Kämpfen das alte Jugoslawien in zahlreiche Einzelrepubliken. In dieser Atmosphäre der Unsicherheit gelang es der Bundesregierung, mit der Sowjetunion eine Vereinbarung über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR zu treffen. Bis zum August 1994 verließen 330.000 Soldaten der Roten Armee Deutschland. Bundeskanzler Helmut Kohl verabschiedete sie mit den Worten: „Sie gehen nicht als Besatzer, sie gehen als Freunde.“

Hunderttausende demonstrieren 1992 in Deutschland mit Licherketten gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt

Die Welt war nicht friedlich in diesem Jahrzehnt. Schon bald trug die Bundesregierung ihrer neuen Verantwortung Rechnung und beteiligte sich an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen. Im Parlament kam es zu heftigen Kontroversen über Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr. Sie endeten erst mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das ausdrücklich Einsätze der Bundeswehr zu militärischen wie humanitären Zwecken auch außerhalb des NATO-Gebietes erlaubte. Daraus folgte 1999 die erste deutsche Nachkriegsbeteiligung im unheilvollen Konflikt um das Kosovo. Der Außenminister Joschka Fischer warb bei seiner Partei, den Grünen, die sich prinzipiell als Antikriegspartei verstand, für den Einsatz der Bundeswehr: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Völkermord!“

Zerfall auf der einen Seite, Einigung auf der anderen: Mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 wurde die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion geboren. Einige Jahre später – am 23. April 1998 – stimmte der Bundestag mit großer Mehrheit einer neuen Währung zu: dem Euro. Damit war das Ende der D-Mark besiegelt. In zwei Entscheidungen hatte das Bundesverfassungsgericht grünes Licht



Foto: Picture-Alliance/Wolfgang Kumm

für den Euro gegeben, der ab 2002 alleiniges Zahlungsmittel wurde.

Innenpolitisch schien das Land Mitte der Neunziger gelähmt. „Reformstau“ wurde das Wort des Jahres 1997. Politisch drängten die Menschen auf einen Wandel. Belastet wurden die 90er-Jahre durch zahlreiche Anschläge und Ausschreitungen gegen Ausländer. Hoyerswerda, Rostock, Solingen, Mölln lauteten die Namen, die traurige Berühmtheit erfuhren. Aber es gab auch andere Zeichen: Hunderttausende gingen mit Licherketten auf die Straße, um gegen Ausländerhass und rechte Gewalt zu demonstrieren.



Foto: ulstein bild/Grabowsky

1999 Kosovokrieg Die Bundesrepublik beteiligt sich im Rahmen der KFOR-Mission der NATO im Kosovo. Der Einsatz ist in Deutschland umstritten: Bereits seit 1991 waren deutsche Soldaten bei Einsätzen der NATO beteiligt, im Kosovokrieg jedoch erstmals ohne UN-Mandat.

7. September 1999 Reichstagsgebäude 1991 beschließt der Bundestag den Umzug nach Berlin, 1999 ist es so weit. Das Reichstagsgebäude ist unter der Hand des Architekten Norman Foster umgebaut, das deutsche Parlament zieht an seinen historischen Ort zurück.



Foto: Picture-Alliance/Grimm



Foto: Action Press

Die Gegenwart Nichts bleibt, wie es war

Zur Jahrtausendwende scheint Deutschland gut aufgestellt zu sein: eine neue Bundesregierung, die schmerzhaftesten Folgen der Wiedervereinigung sind überwunden, der Aktienindex Dax ist auf Höhenflug. Doch mit dem 11. September 2001, als zwei Passagierflugzeuge von islamistischen Terroristen in das World Trade Center in New York gesteuert wurden und in den Trümmern Tausende den Tod fanden, war plötzlich nichts mehr, wie es war. Auch nicht in Deutschland.

CHRONIK Die Gegenwart



Foto: Picture-Alliance

11. Januar 2000 Bundeswehr Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass die Bundeswehr Frauen den Dienst an der Waffe ermöglichen muss, am Anfang 2001 treten die ersten 244 weiblichen Rekruten ihren Dienst an.

1. Januar 2002 Abschied von der D-Mark Der Euro löst die D-Mark als Zahlungsmittel ab. 18 Staaten führen zeitgleich die neue Währung ein, darunter zwölf EU-Mitgliedstaaten. Heute sind es 22 Staaten Europas, und der Euro gilt nach dem US-Dollar als wichtigste Währung der Welt.



Foto: Picture Alliance

Drei Wochen später rief die NATO erstmals in ihrer über 50-jährigen Geschichte den Bündnisfall aus. Damit war auch Deutschland gefordert. „Jetzt sind wir alle Amerikaner“, erklärte SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck im Deutschen Bundestag. Und die Bundesregierung betonte die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands mit den USA im Kampf gegen das von Afghanistan aus operierende Terrornetzwerk al-Quaida.

Allerdings erforderte der Einsatz deutscher Soldaten in militärischen Operationen am Hindukusch einen innenpolitischen Kraftakt. Wegen des vom Grundgesetz gewollten Parlamentsvorbehalts bei der Entsendung von Soldaten musste die Bundesregierung heftige Überzeugungsarbeit im eigenen Lager leisten; Bundeskanzler Gerhard Schröder verband diese Sachfrage schließlich mit der Vertrauensfrage. Im November 2001 stimmte eine knappe Mehrheit der Parlamentarier für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

Mit dem – immer wieder vom Bundestag verlängerten – Afghanistan-Einsatz, verbunden mit Einsätzen der Bundesmarine am Horn von Afrika und weiteren Missionen im Rahmen der UN an verschiedenen Schauplätzen, stellte die Bundesrepublik ihr gewachsenes Gewicht und ihren neuen Aktionsradius deutlich unter Beweis.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts war sie nach den USA der weltweit zweitgrößte Truppensteller bei Friedensmissionen im Ausland.

Der deutsch-amerikanische Hoheymoon zerbrach mit der Irakkrise 2003. Als Amerikaner und Briten ohne UN-Mandat wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen gegen den Irak und dessen Diktator Saddam Hussein zu Felde zogen, weigerte sich die Bundesregierung, sich dieser Kriegskoalition anzuschließen. Es kam zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen den Regierungen der USA und Deutschlands.

Höhen und Tiefen

Auch innen- und wirtschaftspolitisch wechselten Höhenflüge und Abstürze sich ab. Hatten Anfang 2000 die Märkte der New Economy noch vorrückt gespielt und den Dax auf über 7000 Punkte getrieben, stürzten kurz darauf die Aktienkurse in den Keller. Ernüchterung machte sich breit. Sie erfasste auch die Einführung des Euro als offizielles Zahlungsmittel in Deutschland und weiteren elf europäischen Ländern. Viele Menschen freuten sich zwar, dass sie im Urlaub kein Geld mehr wechseln mussten, aber es herrschte auch Wehmut über die endgültig verabschiedete D-Mark. Hinzu kam der Eindruck, vieles sei mit dem Euro teurer geworden.

Die wirtschaftliche und soziale Lage verschlechterte sich. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf erst vier, später sogar auf fünf Millionen, die der Sozialhilfeempfänger auf rund 2,8 Millionen. Auch viele Angehörige der Mittelschicht fühlten sich vom Abstieg bedroht. In diese Zeit fiel im September 2002 die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Gegen den Kanzlerkandidaten der Union, den CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber, konnte Rot-Grün noch einmal gewinnen – allerdings nur knapp.

Eine weitere Erkenntnis machte sich breit: dass der Sozialstaat an seine Grenzen stößt und nicht nur die jetzige, sondern auch künftige Generationen finanziell überfordert. Bundeskanzler Schröder zog daraus eine Konsequenz, die ihn zwei Jahre später das Kanzleramt kosten sollte: Am 14. März 2003 verkündete er im Bundestag die Agenda 2010. Kernpunkt des Reformpakets, das unter dem Motto fördern und fordern stand, war die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie die Einführung einer staatlichen Mindestunterstützung, bei der nicht mehr nach der früheren Berufstätigkeit gefragt wird.

Doch die Kritik an den Reformen, die nach dem damaligen VW-Personalvorstand Peter Hartz benannt wurden, war gewaltig. Als die SPD eine Landtagswahl nach der anderen verlor, zog der Kanzler die Notbremse



Foto: Picture-Alliance/Claudio Omorati

19. April 2005 Ein Papst aus Bayern Josef Ratzinger wird als Benedikt XVI. weltliches Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, er ist der erste Papst aus Deutschland seit knapp fünf Jahrhunderten. „Wir sind Papst“ titelt ein großes deutsches Boulevardblatt.

22. November 2005 Erste Bundeskanzlerin Der Deutsche Bundestag wählt Angela Merkel (CDU) zur ersten Kanzlerin der Bundesrepublik. Zum zweiten Mal nach 1969 bildet eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD die Regierung.



Foto: Picture-Alliance/Sven Simon

und stellte am 27. Juni 2005 im Bundestag die Vertrauensfrage, die er, wie gewünscht, verlor. Daraufhin kam es im September 2005 zu vorgezogenen Neuwahlen, aus denen die zweite Große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik hervorging. Als erste Frau wurde Angela Merkel (CDU) zur Bundeskanzlerin gewählt. Als fünfte Partei zog das Bündnis der SED-Nachfolgepartei Linkspartei.PDS und der westdeutsche WASG in den 16. Bundestag ein, die 2007 zur Partei Die Linke fusionierte.

Sommermärchen

Die ersten Jahre der Großen Koalition verliefen produktiv. Union und SPD einigten sich auf wichtige Veränderungen im Gesundheitswesen, zwei Föderalismuskommissionen stellten die Beziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage. Auch die Familienpolitik bekam mit der Einführung des Elterngeldes einen neuen Schub. Höhepunkt dieser Phase war das Sommermärchen der Fußballweltmeisterschaft 2006, als ganz Deutschland in gute Laune verfiel und in schwarz-rot-goldenen Fahnen badete, die ohne jeglichen Nationalismus geschwenkt wurden.

Doch dann zogen dunkle Wolken auf. Die Globalisierung, die bislang Deutschland eher begünstigt hatte, zeigte mit der amerikanischen Hypo-



Mit Konjunkturmaßnahme wie der Abwrackprämie für Altfahrzeuge reagiert Deutschland 2009 auf die Wirtschaftskrise

thekenkrise ihre andere, schwarze Seite. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Hypothekenkrise erst zu einer tiefen Finanzkrise, dann zur weltweiten Wirtschaftskrise. Bis dahin gewohnte Gegenrezepte griffen ebenso wenig wie einseitig nationale Maßnahmen. Im europäischen Verbund und in enger Kooperation mit den führenden Wirtschaftsmächten der Welt versuchten die Regierungen – auch die deutsche – gegenzusteuern.

So groß die Herausforderungen auch sein mögen – der Rückblick auf sechzig Jahre Grundgesetz und der Rückblick auf sechs Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass dieses Land mit seiner stabilen Demokratie, seiner starken Wirtschaft und einer Gesellschaft, die auch andere Stürme erfolgreich gemeistert hat, gute Voraussetzungen besitzt, auch diese ohne Zweifel tiefe und schwere Krise zu überstehen.

CHRONIK Die Gegenwart



Sommer 2006 Sommermärchen Deutschland ist Gastgeber der Fußballweltmeisterschaft und zeigt sich der Welt von seiner freundlichsten Seite. Die Deutschen sorgen mit friedlicher Feierlaune und Jubel für die Gastmannschaften für einen Wandel des Deutschlandbilds im Ausland.

2007 EU-Ratspräsidentschaft und G8 Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft und den Vorsitz in der G8 – in beiden Fällen stehen Klima- und Energiepolitik ganz oben auf der Agenda. Der G8-Gipfel in Heiligendamm wird von großen Demonstrationen begleitet.

Foto: Picture-Alliance/Stefan Kugler



Infotipps

60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Bundesrepublik

Dokumente

Grundgesetz von 1949

Urfassung vom 23. Mai 1949
www.documentarchiv.de/brd.html

Grundgesetz heute

zuletzt geändert am 19. März 2009
www.bundestag.de/grundgesetz

Bundesarchiv

Recherche von Dokumenten online
www.bundesarchiv.de

Protokolle im Volltext

abrufbar unter:
<http://books.google.de>

Informationen

Bundestag online

Chronik und Eckpunkte der Geschichte des Parlamentarismus
www.bundestag.de/geschichte

Deutsches Historisches Museum

bietet viele Infos und Tondokumente zur deutschen Geschichte und jüngsten Vergangenheit unter:
<http://www.dhm.de/lemo/home.html>

Bundeszentrale für politische Bildung

Interviews und Flash-Dokumentationen zur jüngsten deutschen Geschichte
<http://www.bpb.de/themen>

Publikationen

Datenhandbuch

zur Geschichte des Deutschen Bundestages
<http://www.bundestag.de/wissen/archiv/dbuch/>

Die geglü ckte Demokratie

Geschichte der Bundesrepublik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart – von Edgar Wolfrum
www.bpb.de/publikationen

Deutschlands Wiederkehr

Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1949–1990 – von Peter Bender
www.bpb.de/publikationen

Infomaterial bestellen

Infomaterial und Broschüren über die Arbeit des Deutschen Bundestages sowie Flyer, Poster, CD-ROMs und DVDs können Sie per Post oder Telefon bestellen oder bequem per Mausclick auf ihren Bildschirm holen und herunterladen.

Bestellung per Post:

Deutscher Bundestag
 – Referat Öffentlichkeitsarbeit –
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

Bestellung per Telefon oder Fax:

Telefon: (0 30) 2 27-3 20 72 und
 -3 53 90
 Fax: (0 30) 2 27-3 62 00

Bestellung im Internet:

PDF-Download und Onlinebestellung unter

www.bundestag.de/interakt/infomat

Dort finden Sie eine aktuelle Übersicht aller Informationen (Broschüren, CD-ROMs etc.).

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Bundestag,
 Referat Öffentlichkeitsarbeit

Chefredaktion:

Britta Hanke-Giesers
 (Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit),
 Michael Reinold

Koordination:

Michael Reinold
 (Referat Öffentlichkeitsarbeit)
 Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68
 Fax: (0 30) 2 27-3 65 06
 E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
 Wassergasse 3, 10179 Berlin
 Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20
 Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
 E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Geschäftsführung:

Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Redaktion:

Helmut Spörl (Leiter), Alexander Heinrich,
 Jörg Müller-Brandes

Autor: Dr. Sönke Petersen

Art Direction:

Sylvia Müller, Anita Drbohlav

Produktion:

René Hanhardt

Onlineproduktion:

Nils Grobmeier

Lektorat:

Katleen Krause

Druck:

Druckhaus Main-Echo, Aschaffenburg

Redaktionsschluss:

11. Mai 2009

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

© Deutscher Bundestag, Berlin 2009
 Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlwerbenden – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Die Bundesrepublik hat Geburtstag. Am 23. Mai wird sie 60 Jahre alt. Was damals bei der Verkündung des Grundgesetzes im Jahre 1949, vier Jahre nach der größten Katastrophe in der deutschen Geschichte, niemand zu hoffen wagte: Die Geschichte dieses Staates und seiner Verfassung geriet zur Erfolgsstory. Wirtschaftswunder, Vollbeschäftigung, staatliche Souveränität, Westintegration, Aussöhnung mit den Nachbarn und schließlich das Ende der deutschen Teilung mit der friedlichen Wiedervereinigung 1990. Am Ende steht ein ebenso stabiles wie freiheitliches Deutschland, das auch auf der internationalen Bühne eine anerkannte und bedeutsame Rolle spielt. Als Zentrum unserer Demokratie hat der Deutsche Bundestag an dieser Entwicklung entscheidenden Anteil. Sechs Jahrzehnte Bundesrepublik – ein Rückblick auf fast schon Vergessenes. Und ein Ausblick auf neue Herausforderungen.